Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21868. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 4. **Donnerstag, 6. Januar 1921, abends.** 74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

In der Woche vom 17.—28. Januar 1921 und zwar vom 20. ab sollen auf die Abschnitte 143 der grauen, roten, grünen, gelben Nährmittelkarte I ½ **Pfund bunte Bohnen** zur Verteilung kommen.

Der Preis beträgt 2.80 Mk. für das Pfund. Die Entnahme hat bis spätestens den **26. Januar 1921** zu erfolgen.

Diejenigen Verteilungsstellen, die nicht mehr im Besitze von bunten Bohnen sind, haben den Bedarf bis spätestens den 10. Januar bei Herrn Kommissionsrat Bilke in Riesa abzufordern. Die nach dieser Verteilung etwa noch vorhandenen Bestände an bunten Bohnen sind mit bis zum 25. Januar bei der Hauptverteilungsstelle Kommissionsrat Bilke-Riesa zu melden.

Großenhain, am 5. Januar 1921.

846 o III. **Der Kommunalverband.**

Butter betr.

Abschnitt 51, gültig vom 10.—16. I. 1921, darf **mit einem Achtel Stückchen Butter** beliefert werden.

Großenhain, am 5. Januar 1921.

186 i IV. **Der Kommunalverband.**

Fleischversorgung

in der Woche vom 2. bis 8. Januar 1921.

Der Kommunalverband hat

für Personen über 6 Jahre 125 gr amerikanisches Schweinefleisch,
für Personen unter 6 Jahre 62 gr amerikanisches Schweinefleisch

sichergestellt.

Die Entnahme hat bei dem Fleischer zu erfolgen, bei dem die betr. Abnehmer während der Zwangswirtschaft des Inlandsfleisches zuletzt zur Kundenliste angemeldet waren.

Der Preis beträgt Mk. 15.— für das ausgewogene Pfund.

Großenhain, am 5. Januar 1921.

949 o V. **Die Amtshauptmannschaft.**

Fortbildungs- und Fachschule Riesa.

Der Unterricht beginnt wegen Kohlenknappheit erst **Montag, den 17. 1. 21** wieder.

5. 1. 21. **Die Schulleitung.**

Für 2 Mädchen und 1 Knaben, 4, 12 und 8 Jahre alt, werden **Pflegeltern gesucht.** Meldungen erbeten bis 10. 1. 21. **Ortsarmenverband Gröba.**

Hundesteuer betr.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 30. 12. 1920 werden die Besitzer von steuerpflichtigen Hunden aufgefordert, bis zum **12. Januar** ihre Hunde zwecks Aufzeichnung im Gemeindeamt zu melden.

Wer nach diesem Zeitpunkt der Aufzeichnungs- und damit der Steuerpflicht sich entzogen hat, wird nach den einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Weida bei Riesa, am 4. Januar 1921. **Der Gemeindevorstand.**

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der deutsche Einspruch gegen die Entscheidung der Entente in der oberschlesischen Abstimmungsfrage. Die deutsche Friedensdelegation hat der Botschafterkonferenz in Paris gestern folgende Note übermittelt, die gleichzeitig der französischen, englischen und italienischen Regierung übergeben worden ist: Die deutsche Regierung beehrt sich, im Anschluß an ihre an die Botschafterkonferenz gerichtete vorläufige Note vom 31. Dezember 1920 Nachstehendes auszuführen: Die deutsche Regierung weiß sich mit den alliierten Regierungen eins in dem Verlangen, gemäß dem Friedensvertrage eine freie, geheime, unbeeinflußte Abstimmung in Oberschlesien gewährleistet zu sehen. Wenn sie vor endgültiger Stellungnahme zu den Vorschlägen der Note vom 30. November v. J. eine mündliche Aussprache anregte, so geschah dies in der Absicht, in Uebereinstimmung mit allen Beteiligten den sichersten Weg zu jenem gemeinsamen Ende zu finden. Die Botschafterkonferenz teilt mit, daß sie nunmehr die Absicht habe, den Art. 88 schlechthin zur Anwendung zu bringen und, um bei der Abstimmung die Ordnung aufrecht zu erhalten, beschlossen habe, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiet ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der einheimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen. Die deutsche Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben, da hierdurch ihrer Auffassung nach keines dieser beiden Ziele erreicht wird. Wie in der deutschen Note vom 10. November v. J. eingehend ausgeführt wird, liegt dem Friedensvertrage das Prinzip der Einheitlichkeit des Wahlaktes sowohl dem Orte wie der Zeit nach zugrunde, ein Prinzip, das auch bei den Abstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen von den alliierten Regierungen befolgt und ausdrücklich anerkannt worden ist. Dieser Grundsatz, von dem nur im Einvernehmen mit allen Beteiligten abgewichen werden darf, wird durch eine zeitlich getrennte Abstimmung durchbrochen. Ebensowenig aber wird auf diesem Wege der Zweck erreicht, die Abstimmung frei, geheim und unbeeinflußt zu machen; denn bei einer zeitlich getrennten Abstimmung werden selbst die sorgfältigsten Vorkehrungen, wie z. B. die Versiegelung der Wahlurnen, für die Zwischenzeit nicht verhindern können, daß die Teilergebnisse der ersten Abstimmung vorzeitig bekannt werden und dadurch die zweite Abstimmung beeinflussen. Ueberdies kann bei den gegenwärtig in Oberschlesien herrschenden Zuständen eine vollkommene Sicherung sämtlicher Wahlurnen kaum gewährleistet werden. Unter solchen Umständen aber würde das Geheimnis der Wahl preisgegeben und einer unterschiedlichen Bewertung der Stimmen, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrage steht, Tür und Tor geöffnet werden. Dazu droht eine weitere Gefahr. Die alliierten Regierungen erkennen es mit Recht als ihre besondere Verpflichtung an, Ruhe und Ordnung bei der Abstimmung aufrecht zu erhalten. Dahin gehört aber vor allem, daß Abstimmungsberechtigte nicht durch Einschüchterung in der Abstimmung behindert werden. Diesem Gefühl der Verantwortung ist wohl auch der Vorschlag einer Abstimmung der Nichteingesessenen im besetzten Gebiet entsprungen. Wenn jetzt statt dieser örtlichen Trennung eine zeitliche beschlossen wird, so wird damit die Gefahr von Unruhen und einer Terrorisierung der Wahlberechtigten keineswegs vermindert, sondern vielmehr gesteigert. Nach Vollziehung der ersten und in Erwartung der zweiten Abstimmung wird sich die Bevölkerung in hochgradiger Erregung befinden. Diejenigen, die bereits abgestimmt haben, werden alles daran setzen, das erhoffte Ergebnis nicht durch die zureisenden Oberschlesier beeinträchtigen zu lassen. Die letzteren werden daher ganz besonders Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sein. Die Besorgnis vor Gewaltakten ist umso begründeter, als es bis jetzt nicht gelungen ist, dem terroristischen Verbrechertum, das in Oberschlesien neuerdings immer kühner und rücksichtsloser sein Haupt erhebt, wirksam zu steuern. Die deutsche Regierung betrachtet die Gewährleistung einer wirklich freien, unbeeinflußten und geheimen Abstimmung in Oberschlesien als eine Lebensfrage für das deutsche Volk, und glaubt Anspruch darauf zu haben, daß diese Frage in diesem Sinne zweifelsfrei gelöst wird. Sie muß daher zwar nach reiflicher Erwägung aus den angeführten gewichtigen Gründen den von den alliierten Regierungen eingeschlagenen Weg für ungangbar erachten, erklärt sich aber gleichzeitig nochmals ausdrücklich bereit, andere, ihrer Ansicht nach zweckmäßigere Vorschläge zur Sicherung der Abstimmung zu machen und mit den Beteiligten zu erörtern. Da der bisherige schriftliche Weg zu einem alle Teile befriedigenden Ergebnis nicht geführt hat, so erlaubt sie sich, erneut eine mündliche Besprechung der so überaus wichtigen Frage anzuregen, damit eine Lösung gefunden werde, die die Abstimmung wirklich zu der von dem Friedensvertrag gewollten und allen Beteiligten anzuerkennenden Volksentscheidung gestaltet.

gez. Hantel.

Wiederbeginn der Brüsseler Konferenz. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Staatssekretär Bergmann und dem Ministerpräsidenten a. D. Delacroix beginnen die Vollsitzungen der Brüsseler Konferenz am 17. ds. Mts. von neuem.

Die interalliierte Konferenz wird nach einem Havastelegramm wahrscheinlich gegen Mitte des Monats stattfinden. Lloyd George wird nach Paris nicht mit einer vollkommen fertigen Entscheidung kommen. Diese wird vielmehr vom Obersten Rate nach einer neuen gemeinsamen Prüfung getroffen werden. — Wie die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" meldet, wird auf der im Laufe dieses Monats stattfindenden Konferenz der interalliierten Ministerpräsidenten auch ein Plan der englischen Regierung betreffend die Einrichtung eines internationalen Kreditsystems für Länder, die Waren benötigen, aber nicht in bar bezahlen können, erörtert werden.

Die Urabstimmung der Eisenbahnbeamten. Im Laufe des gestrigen Tages dürften die Ergebnisse über die Urabstimmung der Eisenbahnbeamten festgestellt worden sein. Zurzeit stehen lt. „Vorwärts" drei Bezirke mit rund 50 000 Stimmen aus, die jedoch an dem Endresultat kaum etwas ändern werden. Bis vorgestern wurden 143 000 Stimmen gezählt, von denen rund 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 Prozent. Kommunistische Versuche, die auf sofortige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetriebe hindrängten, hatten keinen Erfolg. — Daß diese Abstimmung zunächst nur prinzipielle, aber noch keine praktische Bedeutung hat, hebt die „Voss. Ztg." hervor. Die gestern im Reichsministerium begonnenen Sonderverhandlungen mit den Eisenbahnern nehmen, wie der „Lokalanzeiger" schreibt, einen günstigen Verlauf und geben Hoffnung auf eine Verständigung. Die Verhandlungen werden freilich geraume Zeit dauern. — Bei den gestrigen Verhandlungen zwischen dem Sechzehner-Ausschuß der Eisenbahner und den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums kam es zu einer Einigung auf folgender Grundlage: Allen Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 50 auf 70 Prozent in der Ortsklasse A, 65 Prozent in der Ortsklasse B, 60 Prozent in der Ortsklasse C und auf 55 Prozent in den Ortsklassen D und E erhöht werden. Für Arbeiter soll vom gleichen Zeitpunkt an der Stundenlohn in Ortsklasse A um 50, in Ortsklasse B um 40, in Ortsklasse C um 30, in Ortsklasse D um 20 und in Ortsklasse E um 10 Pfennig erhöht werden. Außerdem soll in mäßigen Grenzen durch weitere Ueberteuerungszuschläge in durch hohe Industrielöhne besonders beeinflußten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden. Der Vorsitzende der Verhandlungen, Staatssekretär Steier, erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung an die Reichsregierung zu empfehlen. — Der „Vorwärts" teilt zu der erfolgten Verständigung mit den Eisenbahnern eine überaus interessante Vorgeschichte mit. Es hat dabei nämlich ein Plan des in Wiesbaden sitzenden Chefs des französischen Feldeisenbahnwesens eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, der den Streik dazu benutzen wollte, das Eisenbahnwesen im besetzten Gebiet französisch zu militarisieren, um eventl. auch zwecks Kohlenversorgung nach dem Ruhrrevier militärisch einübergreifen. Das Bekanntwerden dieses Planes dürfte es gewesen sein, das die Regierung dazu bestimmte, in ihren Zugeständnissen weiter zu gehen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Die Eindrücke des Senators Mac Cormick. Der Korrespondent der „New York Tribune" gibt eine Mitteilung über die Eindrücke, die Senator Mac Cormick in Deutschland gesammelt hat. Cormick erklärte, Deutschlands größte Sorge sei die Ostgrenze. Er glaube nicht, daß Deutschland in den nächsten 20 Jahren in der Lage sein werde, einen neuen Krieg zu führen. Cormick hat keine große Bewegung zu Gunsten einer Rückeroberung Elsaß-Lothringens feststellen können, aber er glaube, daß die Zuweisung Oberschlesiens an Deutschland für die Befestigung des europäischen Friedens sehr wichtig sei. Deutschland würde dadurch auch in die Lage versetzt, Rohmaterialien zu bekommen, die es braucht, um wieder an die Arbeit gehen zu können.

Unruhen in Flensburg. An der vorgestern nachmittag erfolgten Beerdigung des von der Polizei auf der Flucht erschossenen Kommunistenführers Hoffmann nahmen viele tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen. Es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier kommunistischer Versammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Kaserne der Sipo, um dort einzudringen. Die Polizei beteiligte sich zunächst mit Feuerspritzen und Schreckschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das äußere Tor der Kaserne eindrang, wurde auch scharf geschossen, wobei auf seiten der Demonstranten es 7 Tote und 22 Verwundete gab. Auf seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. Verhaftet wurden 40 Personen, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Sozialdemokraten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abrücken, Bestrafung der Aufwiegler verlangen und die Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man gestern morgen fast restlos nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Veröffentlichung der neuen Strafgesetzentwürfe. Um der Oeffentlichkeit rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten, beabsichtigt die Regierung, in den nächsten Tagen die neuen Strafgesetzentwürfe zu veröffentlichen.

In der ostpreußischen Landwirtschaft droht eine neue Arbeiterbewegung in Gang zu kommen. Der Deutsche Arbeiterverband ließ auf den Gütern sämtliche Tarife kündigen. Darauf sollen die Gutsbesitzer mit Massenkündigungen geantwortet haben.

Ueber die Feier des Reichsgründungstages trifft nachstehender Erlaß des preußischen Unterrichtsministers Bestimmung: Am 18. Januar sind 50 Jahre vergangen, seitdem die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reiche zusammengeschlossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch eine dem Geiste der Zeit entsprechende schlichte und stille Feier begangen werden. Ueber alles Trennende der Meinungen hinaus ist im deutschen Volke das Bewußtsein seiner Einheit lebendig. Die Gedenkfeier des 18. Januar wird daher nur dann der Bedeutung des Tages gerecht werden, wenn sie aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet wird. Jede Ausnutzung der Feier zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unbedingt zu unterlassen. Angesichts der inneren und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird. Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus.

Bayerische Briefmarken im ganzen Reich. Bayerische Briefmarken werden jetzt im ganzen Deutschen Reiche ausgegeben. Von den hochwertigen Stücken zu 4, 5, 10 und 20 Mark der letzten Bayernausgabe hatte die bayerische Postverwaltung einen so großen Vorrat herstellen lassen, daß er wohl geeignet ist, dem Mangel an Briefmarken der höheren Werte im alten Reichspostgebiet abzuhelfen. Sie werden deshalb demnächst auch bei Postanstalten außerhalb Bayerns verwendet. Natürlich haben sie wie alle ehemaligen bayerischen Marken den Ueberdruck „Deutsches Reich".

Luxemburg.

Anschluß an die dritte Internationale. Wie die „Frankf. Zeitung" aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialistische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungsweisen Anschluß an die dritte Internationale angenommen. Klara Zetkin erschien auf dem Parteitage in Differdingen und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Frankreich.

Rücktritt des Ministerpräsidenten. „Echo de Paris" berichtet, daß Leygues sich mit dem Gedanken trägt, mit mehreren seiner Mitarbeiter zurückzutreten. Er will, sobald das Parlament zusammentritt, die Vertrauensfrage stellen.

England.

Grey für Einschränkung der Rüstungen. Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Daily Mail" wies Viscount Grey in einer Glasgower Rede auf die Notwendigkeit einer Einschränkung des Rüstungswettbewerbs hin und sprach sich ferner gegen die Geheimverträge und für die Kontrolle des Kriegsschiffsbaues aus.